

12/31

Protest gegen Scheels Athen-Reise

KLÜ. BONN, 11. März. Mit der griechischen Nationalhymne und einer Schweigeminute für die studentischen Opfer der Diktatur in Griechenland ist am Samstag auf dem Bonner Marktplatz eine Demonstration griechischer und deutscher Studenten gegen das Militärregime in Griechenland abgeschlossen worden. Der Demonstrationzug, den die Vereine griechischer Studenten in der Bundesrepublik zusammen mit dem Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) organisierten, hatte sich zuvor mit Sprechchören „Freiheit für Griechenland“ durch die Bonner Innenstadt bewegt. Die Demonstranten forderten die Freilassung aller politischen Gefangenen und die Wiederherstellung der Demokratie in Griechenland sowie die Unterbindung jeder „Bespitzelung griechischer Widerstandskämpfer durch griechische Agenten“ in der Bundesrepublik.

Abschließend sprachen auf dem Marktplatz der aus Griechenland in die Bundesrepublik gebrachte Professor Mangakis, der jetzt in Heidelberg lebt, und der geflohene und in Abwesenheit verurteilte Professor Simitis, jetzt an der Universität Gießen, die Rechtsreferendarin Hannelore Runft, die über ein Jahr in griechischer Untersuchungshaft war, ein ungenannter griechischer Arbeiter aus einem Chemiebetrieb, der SPD-Bundestagsabgeordnete Schinzel, Joseph Utzerath von der Industriewerkschaft Bau-Steine-Erden, das Vorstandsmitglied des VDS, Kämpfel, und ein ungenannter Vertreter des Vereins griechischer Studenten.

Nach Angabe des VDS unterstützten vier Bundestagsabgeordnete der FDP (Martin Bangemann, Friedrich Wilhelm Hölscher, Andreas von Schöler, Helga Schuchardt) und drei SPD-Bundestagsabgeordnete (Karl-Heinz Hansen, Dieter Schinzel, Ernst Waltemathe) folgende Forderungen einer Resolution: sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen; Einstellung jeglicher militärischen, wirtschaftlichen, politischen und moralischen Unterstützung des Obristenregimes durch die Regierung der Bundesrepublik; Absage des geplanten Besuchs von Bundesaußenminister Scheel in Griechenland; tatkräftige Unterstützung aller demokratisch gesinnten Griechen und ihrer Organisationen, Verbot aller griechischen faschistischen Spitzel- und Terrorgruppen in der Bundesrepublik.

Griechische und zahlreiche deutsche Organisationen in der Bundesrepublik unterstützten die Bonner Demonstration; selbst beteiligten sich nach Angaben des VDS daran rund 2000 Teilnehmer; vor dem Rathaus waren es zum Schluß weniger.

sche Inhalte und sozialistische For-
scheidungsprozessen eingeführt werde.

Einmütig war die Ablehnung des Entwurfs der Langzeitkommission der SPD unter dem Vorsitz des stellvertretenden Parteivorsitzenden Helmut Schmidt. Daß der Entwurf, der in Hannover diskutiert werden soll, wenig tauglich sei unter Sozialisten eine „Binsenweisheit“, erklärte der Vorsitzende der Juso-Langzeitkommission, Friedrich Schepsmeier. Ein Programm, „das den Klassenkampf von oben und seine notwendige Entgegnung, den bewußten Klassenkampf von unten, ausklammert“, könne kein sozialistisches Programm sein. Die Aussage „keinem wird etwas genommen“ sei eine Verhöhnung der Arbeiterklasse. Umstritten bleibt unter den Jungsozialisten allerdings, ob es überhaupt zweckmäßig ist, unter den gegebenen Machtverhältnissen eine Quantifizierung der programmatischen Aussagen der SPD vorzunehmen.

In Resolutionen zur Betriebsarbeit fordern die Jungsozialisten die Bundestagsfraktion und die Regierungsmitglieder der SPD auf, die Beschlüsse des Parteitages zur Einführung der paritätischen Mitbestimmung in allen Großunternehmen, seien sie in privatem, öffentlichem oder gewerkschaftlichem Besitz, beschleunigt zu verwirklichen. Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, daß es keine Sonderrechte für leitende Angestellte geben dürfe. Die Mitbestimmung wird von den Jusos als Mittel zur Erringung von Gegenmacht für die Arbeitnehmer definiert. Die Selbstbestimmung der Arbeitenden, heißt es, bleibe weiterhin die Aufgabe der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterbewegung.

Eine intensive Diskussion entbrannte über die Frage, ob Jungsozialisten in Betriebsgruppen der SPD mitarbeiten sollen, da diese allgemein

Vogel den

cs. Tutzing (

Bundesminister Vogel hat sich für ein Modell des differenzierten und gesteuerten Wirtschaftswachstums ausgesprochen. Materieller Wohlstand sei nur ein Teil der Lebensqualität, das Bruttosozialprodukt nur ein Teil des sozialen Nutzens. Maßnahmen, die das Bruttosozialprodukt steigern, seien deshalb allein noch nicht gut. Wachstum müsse unterbunden werden, wenn es Landschaft zerstöre, Rohstoffe erschöpfe, Städte unbewohnbar mache. Das freie Spiel der ökonomischen Kräfte sei auf Gebiete einzuzugrenzen, wo es Nutzen, aber keinen Schaden stiftete.

Vogel sprach in Tutzing auf einer Tagung der Akademie für Politische Bildung, des amerikanischen Generalkonsulats und des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus. Als Methoden zur Differenzierung des Wirtschaftswachstums — das Vogel so wenig wie das Leistungsprinzip generell „verteufeln wollte“, nannte der Bundesminister folgende: 1. eine konsequente Umweltschutzgesetzgebung nach Verursacherprinzip und notfalls mit Verboten; 2. eine Steuerpolitik, die nicht nur fiskalisch denke; 3. Werbeverbote in Teilbereichen, damit nicht Bedarf für unnötige Produkte geweckt werde, deren Rohstoffe für die nötigen Produkte fehlen; 4. Technologie-Politik, die eine Wiederverwendung von Altmaterial begünstigt; 5. Anreize für erwünschte Produktionen und Dienstleistungen; 6. notfalls Investitionskontrollen.

Ver...
dem bis
deckt, muß
handlungen
bes sind für

Langgut

Zum vierten
gie-Doktoran
delegiertenve
Demokratisch
vorsitzenden
den Studenten
parteien nahe
tig „offensiv“
den Hochschul
Grund besch
des kommen
grammkonfer
ein gemeinsa
ausschüssen
dem rund 90
ren, fühlt sic
setzung“ mit
bänden dadu
eigenen Ang
mer größeres

Luftw bis

Entspreche
plan will die
das in Gemei
und Italien e
zeug Panavia 2
feninspekteur
Arbeitstagung
Bonn mitteilte
Bündnis auferl
nes hohen Bere
nes Starfighte
dem die letzter
zum Jahr 1983
sei weiterhin
planung, auch
über die Weiter
nischen Meilen
de. Eine Änder
lenumverteilun

Probleme de
schaft standen
das Bundestag
mit Vertreter
schusses sowie
witha Verhüls-
(SPD) in Bonn



FÜR DIE FREILASSUNG aller politischen Gefangenen und die Wiederherstellung der Demokratie in Griechenland setzten sich die rund tausend Teilnehmer an einer Demonstration in der Bonner Innenstadt ein. Die Kundgebung wurde vom Verband Deutscher Studentenschaften und den Vereinen griechischer Studenten in der Bundesrepublik Deutschland veranstaltet. Funkbild: dpa/UPI

XI (Neu öffnen)

Süddeutsche
Zeitung 12/31